

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 6a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 322 A

BERLIN • Dienstag, den 14. Februar 1933

2. JAHRGANG

Ausrottung der Republikaner.

Die Ausführung des „Vierjahrplanes“ hat begonnen.

Wer. In der heutigen Zeit in Deutschland eine Tageszeitung herauszugeben, die von einer Weltanschauung gelenkt ist, macht weder Vergnügen, noch ist es leicht. Fast der gesamte Inhalt der Zeitung trägt einen rein defensiven Charakter, und zwar den einer Defensive gegenüber einem Angreifer, der von sich aus die Kampfregeln insofern verschoben hat, als gegenüber seinen Maßnahmen freie und offene Kritik nicht erlaubt ist. Die Defensive muß also in einer solchen Zeitung notgedrungen, wenn man nicht überhaupt von Anfang an der Gewalt weichen und die Zeitung aufgeben will, so erfolgen, daß die Sprache auf jenen vorsichtigen Ton abgestellt wird, der drei Viertel dessen, was unter normalen Umständen gesagt werden dürfte, heute nicht sagt. Der Leser muß dementsprechend seine Zeitung heute mit gespitzten Ohren lesen. Er muß — wie Lenin das einmal ausgedrückt hat — eine Arbeiterpresse verstehen können, auch wenn diese „durch die Blume“ spricht, d. h. in jener verfluchten Sprache, zu der aufrechte Menschen in einer Klassengesellschaft fast immer genötigt sind, und in einer offenen faschistischen besonders.

Vor allem aber muß der Leser sich daran gewöhnen, schon durch die Tatsachen allein belehrt zu werden. Nur deshalb lohnt es sich, jeden Tag zu berichten, wieviel Republikaner abgebaut worden sind, wieviel Polizeischikanen gegen Links erfolgen, wieviel Arbeiterversammlungen terrorisiert werden durch amtliche und private Aktionen, wieviel Zeitungen verboten, wieviel politische Zusammenstöße erfolgt sind. Und nur deshalb lohnt es sich auch, in ausführlicher Weise einzugehen auf jeden Schritt der Arbeiterschaft gegen die Reaktion.

Bald nach der Uebernahme der kommissarischen Verwaltung des preußischen Innenministerium hat Göring vor der preußischen Polizei erklärt, er erwarte von denjenigen Polizeibeamten, die nicht gewillt seien, den neuen Kurs mitzusteuern, daß sie das Schiff verließen, ehe es sich in Bewegung setzte. Inzwischen ist er daran gegangen, diesem Ausbootungsprozeß energisch nachzuhelfen.

Es sind beurlaubt bzw. in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden:

Polizeipräsident Barth von Hannover (SPD),
 Polizeipräsident Maier aus Stettin,
 Polizeipräsident Meyer aus Duisburg-Hamborn,
 Polizeipräsident Oexle aus Halle, der der Staatspartei nahestand,
 Polizeivizepräsident Friedberg aus Halle,
 Polizeipräsident Krüger (SPD) aus Weißenfels,
 Polizeipräsident Weyer aus Oberhausen,
 Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) aus Dortmund,
 Oberst Quast, Kommandeur der Schutzpolizei in Oberhausen,
 Polizeioberst Harlinghausen aus Bochum,
 Landjäger-Major Schäfer aus Wiesbaden,
 Polizei-Major Seiditz, Kommandeur der Wiesbadener Schutzpolizei.

Göring hat ferner an sämtliche preußische Polizeischulen und Regierungspräsidenten den Befehl ergehen lassen,

die Einberufung der Anwärter für den vierten Lehrgang auf den Polizeischulen sofort einzustellen und ihm eine Liste der bereits einberufenen Polizeianwärter einzureichen.

Die vor einigen Tagen in der Presse umlaufende Meldung, Göring habe hohe Offiziere der preußischen Schutzpolizei in Zwangsurlaub geschickt und sie zugleich aufgefordert, ihr Abschiedsgesuch einzureichen, ist von zuständiger preußischer Stelle in der Form dementiert worden, eine Aufforderung, das Abschiedsgesuch vorzulegen, sei nicht gestellt worden.

Gleichzeitig mit diesem Dementi erhält die „Frankfurter Zeitung“ einen Bericht aus Kassel, den sie — um des Dementis willen — mit Vorbehalt weitergibt. Danach hat der Kasseler Regierungspräsident Friedensburg den Kommandeur der Kasseler Schutzpolizei, Oberstleutnant Agath, mitgeteilt, daß Göring einen Eilbrief gesandt habe, in dem es heißt,

daß Agath nicht mehr das Vertrauen des preußischen Innenministeriums besitze; er sei mit sofortiger Wirkung beurlaubt und möge in kürzester Frist seinen Abschied einreichen.

Das politische Fieber rast. / 8 Tote.

Bensheim (an der Bergstraße). Am Sonnabend nachmittag Schlägerei zwischen fünf auswärtigen Nazis und einigen Bensheimer Kommunisten. Ein Nazi, der zu Boden geworfen worden sein soll, fing an, zu schießen; ein anderer Nazi schoß ebenfalls. Von den etwa zwölf Schüssen traf einer den

zufällig vorbeigehenden unbeteiligten May. Tödlicher Brustschuß.

Berlin-Friedenau. In der Nacht zum Sonntag traten einige Gäste aus dem „Reichsbanner“-Lokal an der Varziner-, Ecke Laubacher Straße. Da wurde das Lokal von der Straße her beschossen. Der 51jährige Bauarbeiter Arras durch Lungenschuß lebensgefährlich verletzt.

Berlin-Lichtenberg. In der Nacht zum Sonnabend stürzte atemlos ein Mann zu einem am Augustplatz patrouillierenden Schupomann, legitimierte sich als SS-Mann und sagte, er würde von zwei Bewaffneten verfolgt. Schon erschienen die beiden Verfolger, nahmen hinter Bäumen Deckung und warteten, Pistolen im Anschlag. Der Pölibeamte feuerte, und der eine der beiden Verfolger, Lechler, brach mit einem Bauchschuß zusammen. Der andere warf die Pistole fort und floh. Beide Waffen sind beschlagnahmt worden. Die politische Polizei hat festgestellt, daß sowohl der Verfolgte wie die Verfolger der NSDAP angehören.

Bochum. In der Nacht zum Sonntag erschöß ein Polizeileutnant den 25jährigen Dreher Krucke.

Dieser war mit Bekannten aus einem Lokal gekommen. Die Gruppe stieß auf der Straße mit zwei Polizeileutnants in Zivil zusammen. Tötlichkeiten ohne vorherigen Wortwechsel. Der eine Offizier schoß. Er ist dem Amtsgericht zugeführt worden.

Braunschweig glich am Sonnabend und Sonntag, besonders in den Arbeiterstraßen der Innenstadt, einem Heerlager. Polizei, wohin man sah; in großen Trupps und kleinen Gruppen, alle mit Karabinern. Die Arbeiterstraßen stehen schon am Sonnabend unter schärfster polizeilicher Bewachung. Der Grund? Die Nazis feierten am Sonntag eine Kreistagung. Nachmittags ein Sternmarsch nach dem Wollmarkt, dem Zentrum des Arbeiterviertels der Innenstadt, dem gewohnten Sammelpunkt kommunistischer Demonstrationen. Hier begann die Provokation. Gemeinsam mit dem „Stahlhelm“ demonstrierten SA, SS und Hitler-Jugend, im ganzen etwa 5000 Mann einschließlich der Kinder, durch die fast nur von linken Arbeitern bewohnten Straßen, wie Lange-, Friesen-, Kaiserstraße und Klint.

Was man den Bewohnern dieser Straßen an Polizeischikanen und Grobheiten bot, stellt selbst für Braunschweiger Verhältnisse alles bisher Dagewesene in den Schatten. Schon stundenlang vorher wurden die Straßen teilweise für jeglichen Verkehr mit der Außenwelt abgeriegelt. Kein Fenster, keine Tür durfte geöffnet werden, niemand durfte sich am Fenster aufhalten. Die Anwohner waren buchstäblich Gefangene in ihren Wohnungen.

Besonders schlimm trieb es die Polizei in der Kaiserstraße. Irgendwo öffnet sich ein Fenster — schon knallen einige Schüsse in die Höhe. So ging das stundenlang. Ähnlich auch in der Ritterstraße und am Klint, wo die Polizei ebenfalls auf die sich friedlich in ihren Wohnungen aufhaltenden Anwohner schoß.

Als Opfer dieser Schießerei werden bisher gemeldet: ein Lehrling in der Kaiserstraße (Oberschenkelschuß); zwei Frauen am Klint, die das Fenster geöffnet hatten (Schußverletzungen).

O. B.

AUS DEM INHALT:

Reaktion auch in Frankreich.
Polizei schützt Nazi-Terror.
Ein französischer Gewerkschaftsführer zur politischen Lage.
Nordwolle-Enthüllungen.
„Gelbe“ als Unternehmerknechte.

Dortmund-Asseln. Der Kommunist Bernekau begegnete am Sonntag mittag einem Trupp uniformierter Nazis. Schimpfen.

Ein Nazi sprang aus dem Zuge und erstach den Bernekau. Der Täter unbekannt. Die Polizei hat den Zug gestellt und nach Waffen durchsucht. Kein Ergebnis. (TU.)

Eisleben. Etwa 600 SA- und SS-Leute veranstalteten am Sonntag einen Umzug, der durch den Breiten Weg an dem KPD-Haus vorbeiführte. Das Haus enthält die Geschäftsstelle, eine Buchhandlung und eine Turnhalle der Roten Turner. Bisher liegt uns nur die TU-Meldung vor, nach der der SA-Zug vom KPD-Haus her beschossen worden sein soll. Darauf gingen die Nazis gegen das Haus vor und stürmten es. Dabei grauenhafte Schießerei im Hause, in der Turnhalle, auf der Straße. Nach den bisherigen Meldungen

drei Tote (davon zwei SA-Leute) und etwa 20 Schwerverletzte. Unter den Verletzten ist der kommunistische Landtagsabgeordnete Koenen, der ein Auge verloren hat.

Er ist als Rädelführer in einer Haftzelle des Eislebener Krankenhauses untergebracht. Ein Polizeibericht liegt noch nicht vor. Bei der Schießerei war nur wenig Polizei zur Stelle.

Hecklingen (Anhalt). Am Sonnabend wurde der 27jährige Nazi Cieslik, als er mit einigen Pg. von einer Kundgebung nach Hause ging, durch einen Kopfschuß getötet. Ueber den Täter ist noch nichts bekannt.

Köln. Am Freitag abend, während der Uebertragung der Hitler-Rede aus dem Sportpalast Steinbombardement auf das Haus des Westdeutschen Rundfunks. Zertrümmerung vieler Fensterscheiben.

Leutmannsdorf (bei Striegau, Schlesien). Gelegentlich eines Anmarsches zu einem Nazitreffen in Striegau am Sonntag wurde

der nationalsozialistische Scharführer Ertel aus Wüstegiersdorf bei einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern erschossen. Näheres noch unbekannt.

Mannheim. Am Freitag abend im Nationaltheater von Nazis Stinkbomben und Knallerbsen geworfen. Moissi spielte in Shaws: „Zu wahr, um schön zu sein“, Kurze Unterbrechung. Polizei entfernte die Ruhestörer. Nachher um so stärkerer Beifall, als Moissi Sätze gegen den Krieg sprach. Sprechchöre uniformierter Nazis vor dem Theater.

Schließlich wird auch die Kunst nationalsozialistisch gesichert:

Der Dramaturg des Berliner Staatstheaters, Albert Patry, ist gegen seinen Willen in den Ruhestand versetzt worden. An seine Stelle tritt der Schriftsteller Hanns Johst, der seit einiger Zeit in nationalsozialistischen Zeitungen Theaterstücke unter nationalsozialistischem Gesichtswinkel kritisiert hat. Die bisher vakante Stelle des Intendanten am Staatstheater ist dem bisherigen Generalintendanten des Weimarer Theaters überwiesen worden.

Agath hat angeblich abgelehnt, er sei nicht in der Lage, der an ihn gestellten Forderung Folge zu leisten und sehe einer anderen Entscheidung des Ministers entgegen.

Auch in den Kreisen der preußischen Regierungspräsidenten wird aufgeräumt:

Regierungsvizepräsident Bier (SPD) aus Köln,
 Regierungspräsident Ehrler von Wiesbaden,
 Regierungspräsident Friedensburg von Kassel,
 Regierungsvizepräsident Corneel von Merseburg sind beurlaubt, bzw. in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Die Reaktion in Frankreich auf dem Vormarsch.

Die Finanzvorlage in der Kammer.

H. M. Seit Sonnabend berät die französische Kammer fast ununterbrochen den Finanzplan. Der heißeste Kampf entbrannte um den Artikel 83: die Einführung einer Krisensteuer, die an Stelle der Kürzung der Beamtengehälter vom Finanzausschuß vorgeschlagen wurde. Eine große Reihe von Rednern protestierte aus den verschiedensten Gründen gegen diese neue Belastung. Schließlich erklärte sich die Regierung bereit, den Artikel zu verändern und bogann Verhandlungen mit der Sozialistischen Fraktion. Daladier forderte, daß alle Beamten und Angestellten der großen Verwaltungsinstanzen, mit einem Gehalt von mehr als 20 000 Francs im Jahre, die Steuer zahlen sollten. Léon Blum dagegen wollte, daß die Steuer auf alle Steuerzahler umgelegt werden sollte. Als die Frage dann in einer Sitzung der Sozialistischen Kammerfraktion erörtert wurde.

sprach sich diese mit 45 gegen 20 Stimmen gegen die Forderungen Léon Blums und für Unterstützung der Regierung aus.

Am Sonntag wurde Blum noch einmal mit 25 gegen 18 Stimmen überstimmt.

Daladier in Gefahr.

Daß die koalitionsfreundige Rechte der Sozialistischen Partei (die in der Fraktion viel stärker vertreten ist, als in der Partei) hier die Ueberhand gewonnen hat, ist weitgehend auf die steigende Gefahr des Sturzes Daladiers und des Zustandekommens einer Konzentrationsregierung zurückzuführen. Wenn Daladier, der von den Führern der Radikalsocialisten am weitesten links steht, es nicht fertig bringt, sich mit den Sozialisten zu einigen, so scheint es unvermeidlich, daß sein Nachfolger einer der rechtsstehenden Radikalsocialisten wird, der sich mit den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten verbündet. Als Führer einer solchen Regierung wird allgemein Herriot betrachtet, besonders seit der Rede, die er nach der Regierungserklärung Daladiers gehalten hat, und die fast von der gesamten Rechten mit Beifall entgegengenommen wurde.

Außerparlamentarische Manöver der Reaktion.

Daß es bald zum Sturz der Regierung kommt, scheint besonders angesichts des außenparlamentarischen Drucks, den die Reaktion auf die Regierung ausübt, wahrscheinlich zu sein. Schon einmal (1926) wurde in Frankreich eine linke Regierung, die Regierung Herriot, durch derartige außerparlamentarische Manöver gestürzt. Immer weitere Kreise des Bürgertums, die gar kein Interesse an dem Sturz der Regierung haben, werden von der Reaktion in Aktionen zum Protest gegen die Finanzvorlage hineingezogen. Hier nur einige Beispiele solcher Aktionen. Von anderen, z. B. der Bauerndemonstration in Paris, haben wir bereits berichtet.

Ein „Ausschuß für wirtschaftliche Gesundheit“ hat in Paris zu einem Streik der kleinen Geschäftsleute aufgerufen. Am nächsten Freitag von 12 bis 19 Uhr sollen — der Parole zufolge — alle Läden und Geschäfte geschlossen werden. In anderen Orten, z. B. in Lille, wurde beschlossen, diesen Streik mitzumachen. Dort wollen die Geschäftsleute sogar den ganzen Tag über streiken. Am Sonntag fanden in allen Teilen Frankreichs Protestkundgebungen statt. In Toulouse haben über 4000 Kaufleute und Industrielle eine Protestkundgebung gegen neue Steuern veranstaltet, und in einer dem Präfekten überreichten Erklärung mit dem Steuerstreik gedroht. Vertreter von Handel und Industrie haben Daladier mit ähnlichen Maßnahmen gedroht.

Die Bedrohung der französischen Arbeiterschaft durch Hitler.

Daß es der Reaktion gelingt, eine derartig ausgedehnte Protestbewegung zustandezubringen, ist weitgehend auf die Ereignisse in Deutschland zurückzuführen. Seit Hitler deutscher Reichkanzler ist, haben sich die Aussichten der französischen Arbeiterschaft, im Kampf gegen die vorstoßende Reaktion den Sieg davonzutragen, erheblich verschlechtert. Zu sehr ist das Bürgertum davon überzeugt, daß die deutsche Regierung keine Verständigung wünscht und daß ihr eine energische französische Regierung entgegentreten müsse. Das vor einem Krieg bangende Bürgertum fühlt sich sicherer, wenn es von Männern regiert wird, die jeden Gedanken an Abrüstung ablehnen.

Ein Genosse.

Ich habe ihn wiedergesehen. Auf einem Kurs in der Gewerkschaftsschule kam plötzlich ein Genosse auf mich zu und reichte mir die Hand. Ich erkannte ihn nicht, dachte, es sei vielleicht irgend ein Kollege, den ich einmal auf dem Bauplatz getroffen habe. „Du weißt nicht, wer ich bin?“, und er kam dicht heran und sagte mir leise seinen Namen ins Ohr. Es fiel mir schwer, meine Freude zu verbergen. Das war der Genosse, der mich bei der Durchfahrt durch Genf am Zuge erwartete. In der halben Stunde meines Aufenthaltes erzählte er mir, eben von einer großen Antikriegskundgebung gekommen, von seiner Tätigkeit im Bauarbeiterverband: wie er diese Gewerkschaft zu einer Macht entwickelt hatte. Seine Worte blieben mir immer im Gedächtnis: „3000 Mitglieder in drei Jahren, zehn Streiks, alle gewonnen ...!“

Und jetzt war er hier. Viel hatten wir uns zu erzählen: „Die Ereignisse in Genf ...“

Wir verabredeten uns und trafen bei einem Genossen zusammen, der diejenigen, die ein sicheres Asyl brauchen, immer bei sich aufnimmt.

„Ich arbeite jetzt als Erdarbeiter bei der U-Bahn“, erzählte er. „Drei Tage nach meiner Ankunft verschafften sie mir Arbeit. Das ist Solidarität.“

„Bleibst du lange hier?“

„Nein, zum Prozeß fahre ich wieder nach Genf. Sie haben mich lange gesucht. Als ich sah, daß es mit dem Generalstreik zu Ende war, ging ich über die Grenze. Ich will aber nach Genf zurück.“

„Gefängnis?“

„Das wird es wohl geben, wahrscheinlich ein Jahr. — Ja, mit einem Jahr rechne ich. ... Weißt du, ich arbeite da jetzt seit zehn Jahren, ich beginne, Ergebnisse der Arbeit zu sehen: eine feste Gewerkschaft, einen Kern zuverlässiger Genossen. Ich möchte das nicht so einfach gehen lassen. Daß ich hier

Die Notwendigkeit der Einheitsfront.

Hier zeigt sich, daß die Verantwortung deutscher Arbeiterführer weit über die Grenzen der deutschen Arbeiterbewegung hinausgeht: Wenn in Deutschland die Einheitsfront zustandekommt und der Faschismus geschlagen wird, dann ist auch das französische Proletariat in weit geringerem Maße von der Reaktion bedroht. Das gilt nicht nur in bezug auf die Furcht des Bürgertums, das dann nicht mehr von einer reaktionären Regierung größere Sicherheit erwarten würde. Es gilt auch in bezug auf das Vertrauen der Arbeiterschaft zu seinen Kampforganisationen, vor allem zu den Gewerkschaften. Mit wieviel mehr Kraft könnten die französischen Arbeiterorganisationen gegenwärtig ihren Kampf gegen die Vorstöße der Reaktion führen, wenn sie auf die mächtige Abwehr des Faschismus durch die deutsche Arbeiterschaft hinweisen könnten. Immer wieder wird den französischen Sozialisten das Versagen ihrer deutschen Genossen vorgeworfen!

Darüber hinaus zeigt sich immer deutlicher, wie eng der Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und in Frankreich ist, wie notwendig es darum ist, daß der Kampf der deutschen und französischen Arbeiterschaft, der um gemeinsame Interessen geht, auch gemeinsam geführt wird. Wir brauchen die Einheitsfront gegen den Faschismus. Darum fort mit der Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft durch getrenntes Vorgehen verschiedener Parteien, fort mit der Zersplitterung der Kräfte durch den Mangel an internationaler Verständigung.

Herriot streckt weitere Fühler nach Moskau.

Nachdem Herriot alle Hoffnung auf Verständigung mit Deutschland und Italien aufgegeben hat, bemüht er sich in steigendem Maße um die Verständigung mit Sowjet-Rußland. In einem Artikel im „Petit Provençale“ schreibt er, wenn die französische und die russische Republik sich dahin einigen könnten, den Friedensvertrag, den sie unterzeichnet haben, auch auf die anderen Staaten auszudehnen, so würde dies angesichts der gefährlichen Intrigen einen Schritt von größter Bedeutung darstellen. Die Zukunft werde zeigen, ob es möglich sei. Im Augenblick habe die kritische Lage des Völkerbundes ihren Höhepunkt erreicht. Frankreich habe deshalb die Pflicht, die Augen offen zu halten und zu wachen.

Ueber die Entsendung von Militärattachés von Paris nach Moskau und umgekehrt herrscht allerdings beim französischen Generalstab keine unbedingte Freude: Es wird dort befürchtet, daß die Anwesenheit eines militärischen Elements bei der Pariser russischen Botschaft eine zusätzliche Gefahr für die Geheimnisse der französischen Landesverteidigung mit sich bringen könne, abgesehen von der Gefahr einer verstärkten kommunistischen Propaganda bei den französischen Streitkräften.

Die Erwerbslosen-Armee in den USA.

Nach der Schätzung der Vereinigung zur Erforschung des Arbeitsmarktes waren in den Vereinigten Staaten im November 1932 etwa 17 Millionen Personen arbeitslos, ein Drittel aller „Beschäftigten“. 42 Prozent aller Lohnempfänger seien erwerbslos.

Japan in Genf diplomatisch unterlegen.

Der Genfer Neuner-Ausschuß (bestehend aus Vertretern Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und der Tschechoslowakei) hat am Sonnabend seinen abschließenden

Bericht über den Fernost-Konflikt fertiggestellt.

Der Bericht übernimmt wörtlich die zehn „Grundsätze“ des Lyttton-Berichts, vor allem den in den letzten Wochen umstrittensten Grundsatz 7, nach dem die Regierung in der Mandchurei in der Weise abgeändert werden soll, daß die drei mandchurischen Provinzen weitgehend eine autonome Verwaltung bekommen, jedoch so, daß die Souveränität Chinas und die Kontrolle der Verwaltung durch China gewahrt bleiben. Aus dieser Forderung folgt die

Nichtanerkennung des Mandschukuo-Staates. Der Bericht stellt fest, daß die Mitgliedstaaten des Völkerbundes in dieser Nichtanerkennung einig seien, und empfiehlt, an die Nichtmitgliedstaaten mit der Aufforderung heranzutreten, sich der Nichtanerkennung Mandschukuos anzuschließen.

Ferner hebt der Bericht hervor, daß für die Ereignisse seit dem 18. September 1931 China nicht die Verantwortung trage.

Schließlich schlägt der Bericht die Einsetzung eines internationalen Ausschusses vor, der „an Ort und Stelle“, also in der Mandchurei, tagen soll. Rußland und die USA sollen eingeladen werden, sich an diesem Ausschuß zu beteiligen. Die Beurteilung dieses Vorschlags (einen solchen Ausschuß einzusetzen) hängt wesentlich von den Befugnissen ab, die der Ausschuß bekommt. Das aber geht aus den vorliegenden Meldungen nicht klar hervor.

Infolge der seit einiger Zeit zu Ungunsten Japans veränderten Haltung Englands vertritt dieser Bericht im wesentlichen den chinesischen Standpunkt.

Am Montag nimmt der Nounzehner-Ausschuß zu dem Bericht Stellung. Nach dem Beschluß dieses Ausschusses vom vergangenen Montag ist zu erwarten, daß der Bericht ungeändert angenommen wird, sodaß er bereits in dieser Woche der Vollversammlung vorliegen wird.

Inzwischen hat die japanische Regierung auch auf die beiden Fragen geantwortet,

die der Nounzehnerausschuß als Bedingungen für weitere Schlichtungsverhandlungen gestellt hatte.

Erste Frage: ob die japanische Regierung gewillt sei, die Oberhoheit Chinas über die drei Provinzen anzuerkennen. **Antwort** (nach amtlicher Meldung aus Tokio vom Sonntag): Japan habe die Mandchurei rechtlich anerkannt und denke nicht daran, seine Stellungnahme in dieser Frage zu ändern. Die Beschlüsse des 19er-Ausschusses über die Mandchurei hätten daher für die japanische Regierung keine Bedeutung. Das ist deutlich!

Zweite Frage (mündlich gestellt und mündlich beantwortet): ob Japan bereit sei, die militärischen Aktionen einzustellen. **Antwort:** die Anwesenheit chinesischer Truppen in Jehol mache es unmöglich, daß die Japaner ihre militärischen Bewegungen einstellen; sonst könnten die Chinesen in die Mandchurei einfallen. Auch diese Antwort ist deutlich.

An weitere Schlichtungsverhandlungen ist also kaum mehr zu denken. Es wird also in nächster Zeit um die Frage gehen, wie der Völkerbund seinen Beschlüssen gegen Japan Geltung verschaffen wird.

Japanische Fernziele. Eine Gruppe ehemals regierender mongolischer Fürsten, die sich begreiflicher Weise in der jetzigen sowjetfreundlichen mongolischen Volksrepublik nicht wohl fühlen, haben der mandchurischen Regierung eine **Dankschrift zukommen lassen, in der sie sich für den Anschluß an Mandschukuo aussprechen.** Offenbar handelt es sich um „Fürsten“, die in der Mandchurei leben; denn die mongolischen Sowjets würden wohl solchen Dankschrift-Vorfassern einen kurzen Landesverrats-Prozeß machen. Die mongolische Volksrepublik (Sitz Ulan-Bator) wird von der Mandschukuo-Regierung nicht anerkannt.

Wie stark ist das japanische Heer in der Mandchurei? Es wurde Ende Januar auf 40 000 Mann geschätzt (außer angesiedelten bewaffneten Reservisten und Polizei) und soll bis Ende März auf 57 000 Mann vermehrt werden. So urteilen auswärtige Militärs in Tokio.

Zahlreiche Menschen wurden durch japanische Fliegerbomben, abgeworfen über Fusin (Jehol), getötet.

Mandchurisches Kriegsgericht verurteilt chinesischen General zum Tode. Der ehemalige Kommandeur der chinesischen Truppen an der ostchinesischen Bahn, General Tinschao, hat sich nach einer 15 monatigen Flucht durch die nordmandchurischen Berge den Mandschukuo-Behörden gestellt. Ein mandchurisches Kriegsgericht hat ihn wegen seines Widerstandes gegen das Mandschukuo-Regime zum Tode durch Erschießen verurteilt.

nicht bleiben kann, weißt du ja. Zweimal bin ich schon über die Grenze abgeschoben worden. Hier kann ich auch nicht ordentliche Gewerkschaftsarbeit leisten, ich muß mich jetzt ja so in acht nehmen.“

Wir sprachen über die Ereignisse vom 9. November und den darauffolgenden Tagen in Genf. Außer uns beiden saßen am Tisch noch einige Genossen, darunter die Frau meines Genfer Freundes, die am Tage zuvor aus Genf angekommen war. Die anderen hatten gewiß die Schilderung der Demonstration und der Organisation des Generalstreiks schon oft gehört. Trotzdem hörten sie gespannt und voll Bewunderung den Erzählungen des Genossen zu. Der alte Genosse, in dessen Wohnung wir versammelt waren, unterbrach ihn manchmal: „Und vergiß auch das nicht ...“ oder „Nachher kam das ...“. Er wußte schon gut Bescheid, als hätte er alles miterlebt. Einige Male sagte die Frau plötzlich: „Das wußte ich gar nicht“. Dann lächelte er und fuhr in seinem Bericht fort.

Ich hoffe, daß diese Geschichte eines Tages aufgeschrieben wird. Sie ist so lehrreich, zeigt so deutlich, welche Angst Genossen, die führende Posten in der Schweizer Arbeiterbewegung bekleiden, vor der Empörung der Arbeiterschaft haben, die jeden Tag zum Generalstreik bereit ist.

Lange sprachen wir darüber, welches die Ursachen dieser Angst sind.

„Du hast schon recht“, sagte er, „kühne Menschen gibt es wenig. Die wenigen zu finden, ist schwer. Ich habe versucht, einen Kern mutiger Menschen in meinem Verband zu schaffen. Darum ist es uns auch gelungen, uns einen der ersten Plätze in der Genfer Arbeiterbewegung zu erringen, darum haben wir auch den Generalstreik durchführen können!“

Ueber Bauplätze sprachen wir noch und über Arbeitskollegen.

„Ich trinke keinen Alkohol“, sagte er. „Einmal arbeitete ich auf einem Bauplatz, in einer Mannschaft von 60. Als ich am ersten Tag mit meiner Thermosflasche mit Milch ankam,

lachten manche von ihnen, rissen dumme Witze. Zwei Monate später kamen 40 Genossen anstatt mit ihrer Flasche Wein mit Milch, Kaffee oder Tee zur Arbeit.“

Es war spät geworden. Wir verließen das Haus, gemeinsam, trennten uns aber vor der Tür sofort, um der Polizeistreife nicht aufzufallen.

rb.

Katholisches!

H. Lt. Auf dem Frauenberg in Fulda steht eine Klosterkirche, die am Eingang einen Bücherstand des St. Franziskus-Männerordens aufweist. Der Bücherstand ist unbewacht. Auf der Vorderseite der Traktätchen finden wir den Preis verzeichnet. Ein Anschlag empfiehlt den Bücherkunden, das Geld in einen aufgestellten Kasten zu werfen. Doch man traut nicht ganz. Deshalb mahnt ein Zettel:

„An fromme Diebe:
Erhört der Herrgott
Gebete
aus
gestohlenen Büchern
p p p“

Eines der Traktätchen erzählt mit kirchlicher Druckerlaubnis „Vom jungfräulichen Stande“. Es beginnt:

„Unter Jungfrauen versteht man jene Personen sowohl männlichen als weiblichen Geschlechtes, welche freiwillig gelobt und beschlossen haben, lebenslanglich ehelos zu bleiben ...“ (Sperrungen von der Redaktion.)

Danach auf Seite 6:

„Regeln und Mittel zur Bewahrung der jungfräulichen Reinigkeit.“

Eine dieser Regeln heißt:

„Gib keiner Person des andern Geschlechtes ohne Not deine Hand. (St. Hieronymus).“

„Freiwillige Rücksicht auf den Koalitionspartner.“

Die Sorge im schwarz-weiß-roten Lager.

Hugenberg auf der deutschnationalen Kundgebung im Sportpalast (Berlin):

„Es hängt alles davon ab, daß die rettenden Kräfte... unter einander einig und in dem Vertrage bleiben, den sie mit einander geschlossen haben.“

wenn auch noch so national,

Deutschland zerstören würde. Denn Deutschland ist nicht Rußland.“

Papen befaßte sich in seiner Rede, die er auf der gleichen Kundgebung hielt, mit ähnlichen Gedanken, nur daß er die Sorge um die Koalitionssicherstellung der NSDAP in eine optimistischere Form kleidete:

„Jede Partei ist irgend wie ein Staat im Staate, der dazu neigt, andere vom Staate auszuschließen. Diese begreifliche Neigung gilt es, um des Ganzen willen, das in dieser Notstunde erfaßt werden soll, zu unterdrücken.“

Wie lange wird Hitler die Rolle spielen, die ihm hier zugedacht ist?

Einheitsliste nationaler Parteien.

Nach dem Korb, den die Deutschnationalen dem um ein nationales Sammelbecken bemühten Papen gegeben haben, haben sich die Deutsche Volkspartei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die Deutsche Bauernpartei zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag aufzustellen.

Die Deutsche Volkspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst haben die gleiche Abmachung für die preußischen Landtagswahlen getroffen.

Im oldenburgischen Landtag kam es am Freitag zu Tumultszonen. Auf den Zwischenruf eines Sozialdemokraten hin, in dem die Nazis eine Beleidigung Hitlers sahen, stürzte ein Nazi zu den Sozialdemokraten hinüber und versetzte dem Sprecher einen Schlag vor die Brust.

werden, wenn sie sich noch einmal in ähnlicher Weise äußerten. — Der Wortlaut des Zwischenrufs ist nicht gemeldet worden.

Der frühere preussische Kultusminister Becker ist an einer schweren Lungenentzündung gestorben.

Der Ruf nach der Einheitsfront.

Die Jahreshauptversammlung des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes, Ortsverwaltung Hannover, hat am 11. Februar folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Seit dem 30. Januar ist Hitler, der Führer des deutschen Faschismus, Reichskanzler. Nach dem Vorbild Mussolinis in Italien will er die alleinige Herrschaft des Faschismus in Deutschland aufrichten.

Schon jetzt wütet der Bürgerkrieg. Sprengstoffattentate auf eine sozialdemokratische Zeitung, Ermordung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Staffurt, unzählige Ueberfälle auf Arbeiter aller Parteirichtungen sind genau wie in Italien das Zeichen des Beginns eines Kampfes gegen die Arbeiterorganisationen.

Auch das letzte einheitliche Bollwerk der Arbeiterklasse, die freien Gewerkschaften, werden von Vernichtung bedroht.

Auch sie sollen nach italienischem Muster zerstört werden. Damit wäre die deutsche Arbeiterbewegung tot.

In dieser Stunde der dringenden Gefahr für die freien Gewerkschaften richtet die Mitgliedschaft der Ortsverwaltung Hannover des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes die Aufforderung an den Bundesvorstand des ADGB, umgehend

Verhandlungen zwischen den Spitzenvertretern der Arbeiterparteien herbeizuführen zu dem Zweck, für den Abwehrkampf gegen den Faschismus eine einheitliche Front aller Arbeiter zu schaffen.

Denn nur durch eine Front, die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter umfaßt, ist die Todesgefahr von der Arbeiterbewegung abzuwenden.

Gelingt es nicht in letzter Stunde die Front zu bilden, dann wird auch in Deutschland ähnlich wie in Italien, auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte hinaus, von einer Arbeiterbewegung nicht mehr die Rede sein.

Nach einer längeren, ziemlich heftigen Diskussion nahmen die Mitglieder des

Deutschen Freidenkerverbandes, Ortsgruppe Essen, auf der Jahreshauptversammlung folgende Resolution an: „An den Vorstand des Deutschen Freidenkerverbandes. An den Vorstand des ADGB. An den Vorstand des Afa-Bundes. An das Zentralkomitee der KPD. An den Parteivorstand der SPD.“

Die Generalversammlung Essen des Deutschen Freidenkerverbandes fordert angesichts des faschistischen Terrors sofort gemeinsame Beratung der Spitzenorganisationen zu gemeinsamen Aktionen.“

Einheitskundgebung in Wien.

Die Wiener Sozialdemokraten veranstalteten am Sonntag nachmittags eine große Demonstration mit einem Aufmarsch in der Ringstraße, zum Protest gegen den Fackelzug, mit dem die Nazis sich am Aufstieg Hitlers erfreut haben.

Nazi-Terror unter dem Schutz der Polizei.

Am Sonntag, dem 5. Februar, wollte die „Eiserne Front“ auf dem Burgplatz in Essen aufmarschieren, und zwar hatte sie polizeiliche Erlaubnis dazu eingeholt.

Am Sonnabend, dem 11. Februar, dasselbe Bild. SA lümmelt auf dem Platz herum, der „Eisernen Front“ für eine Demonstration freigegeben worden ist.

Die Empörung gegen die SA steigt bei den Arbeitern. Am 6. Februar wurde in der ZdA-Versammlung noch eine Resolution für die Einheitsfront abgewürgt.

Die verhaßte Einheitsfront.

KAP, ADGB-Ortskartell und Eiserne Front riefen die Weimarer Arbeiterschaft zum Sonnabend nachmittags zu einer Straßendemonstration und Kundgebung gegen den Faschismus.

Der Redner hatte denn auch kaum 10 Minuten geredet, als die Nazis anfangen wie Irrsinnige zu brüllen. Die Menge

rief nach Schutz vor dieser Bande; beantwortet wurden diese Rufe mit der Auflösung der Kundgebung. Der Marktplatz hat nur schmale Ausgänge; der Polizei dauerte die Räumung zu lange, sie jagte die Menge zu Haufen, und schlug ohne ersichtlichen Grund wie toll auf die Köpfe der Menschen ein.

Die in das Gewerkschaftshaus zurückkehrenden Arbeiter wurden von der Polizei weiter verfolgt und dann aus dem Gewerkschaftshaus mit dem Gummiknüttel, und angeblich auch Fußtritten, herau gejagt.

Das Gewerkschaftshaus in Weimar wurde von der Polizei für alle Versammlungen politischer und privater Art geschlossen.

Nur der Gastwirtschaftsbetrieb darf weitergeführt werden. Da gibt es nur eine Antwort: Wir schließen die Einheitsfront der Arbeiterschaft!

Am Sonnabend veranstaltete die „Eiserne Front“ in Münster i. W. eine Demonstration gegen Faschismus, Reaktion und Naziterror.

Trotz polizeilichen Verbots marschierten kommunistische Arbeiter (wegen des Verbots ohne Abzeichen) im Demonstrationszuge mit.

Als am Servatii-Platz die mitmarschierenden Kommunisten von ihren dort stehenden Genossen mit „Rot Front“ begrüßt wurden, hielt die Polizei ihre Zeit für gekommen und trennte die Kommunisten unter Anwendung des Gummiknüttels vom Demonstrationszug ab.

A. M. FREY DIE PFLASZWERKSTÄTEN

Noch einer ist geflohen, aber erst, als alles vorbei war: ein junger Pionierleutnant. Er hat die Verheerungen gesehen, die der Engländer mit einem „glücklichen“ Wurf angerichtet hat — jetzt läuft er.

Tönen. Er ist bisher der „Held“ gewesen, der aus Mangel an Vorstellungskraft über alle Gefahren hinwegvoltigiert ist. Ihn sind die Augen geöffnet, sein unbedenkliches Abenteuerium wird von nun ab versagen.

Denn Lipp, wieder einmal unauffindbar, hat fast außerhalb des Dorfes, und von den Bomben ganz ungeschoren, in einem seiner Keller gesteckt, in denen er Champignons züchtet. Was, den köstlichen Pilz frisch mitten im Winter — ihn gab er zu kosten auch der Tafel Pummers?

Französischer Gewerkschafter zur Lage in Deutschland

Den nachstehenden Aufsatz erhalten wir von L. Cancouet, dem Vorsitzenden des französischen Eisenbahner-Verbandes der Staatseisenbahnen des Linken Seine-Ufers in Paris, der im November den Besuch französischer Eisenbahner in Köln leitete, über den wir im „Funken“ berichteten.

Daß Hitler in Deutschland zur Macht gelangt ist, hat bei uns keine lächerliche Furcht hervorgerufen, wohl aber Besorgnis um den Kampf der Arbeiterschaft, der über alle Grenzen hinweg geführt wird. In diesem Kampf ist die Machtergreifung Hitlers nur eine Episode. Immerhin hat dieses Ereignis seine Wirkung auf die französische Regierung nicht verfehlt, und ein beträchtlicher Teil der Bourgeoisie ist jetzt mehr denn je dazu bereit, sich zum Faschismus zu bekennen, in dem sie die rettende Autorität sieht. Dem Wahn von der „autoritären Staatsführung“ ist nicht nur das rechte Bürgertum verfallen, sondern auch ein Teil des linken Bürgertums, das jetzt an der Macht ist.

Die französischen Regierungen der jüngsten Zeit sind so fest überzeugt von der Alleinmacht der Autorität, daß sie den wahren Ursachen des anarchischen Zustandes, in dem wir leben, vollkommen blind gegenüberstehen. Die Rede, die der Staatspräsident kürzlich gehalten hat, ist ein klarer Beweis dafür. Er ist fast so weit gegangen, sich den berühmten Grundsatz eines der wildesten Reaktionen Frankreichs zu eigen zu machen: Gebt dem Volke deutlich zu verstehen, daß jeder Gedanke an Auflehnung gegen die herrschenden Mächte verwerflich ist und schlimme Folgen nach sich zieht.

Durch derartiges Gerede von mutlosen Politikern lassen wir uns nicht beirren. Der Kampf des Proletariats gegen die Einführung „autoritärer Staatsführung“ ist im Gange, obwohl alle politischen Parteien ihr Möglichstes tun, um über die Symptome eine Umwälzung in Frankreich hinwegzutäuschen, die sich nichtedestoweniger jeden Tag weiter ausbreiten und wie eine Feuersbrunst nacheinander alle sozialen Schichten ergreifen.

Andererseits geben die politischen Führer Frankreichs ihre Ohnmacht gegenüber der internationalen Finanz zu, der sie vollkommen unterworfen sind. Es gibt hier gegenwärtig keinen Staatsmann, der fähig wäre, diesen Mächten die Stirn zu bieten, selbst wenn er sich dabei auf die Macht der Ausgebüteten stützen könnte. Herriot, auf den große Hoffnungen gesetzt worden waren, hat völlig versagt und sich lächerlich gemacht. Daladier, der wirklich Ansehen genöß, hat sich seinerseits diskreditiert, schon ehe er zum Handeln kam, indem auch er vor den dauernden Drohungen der Finanzmächte gewichen ist.

Was die Sozialistische Partei angeht, die die einzige Partei ist, die etwas Nützliches leisten könnte — wenn so etwas unter dem kapitalistischen Regime überhaupt möglich ist — so ist sie durch Sorgen um Doktrin und Wahlpropaganda zu einer gefährlichen Isolierung verdammt.

Angesichts dieser allgemeinen Verwirrung ist die Machtübernahme durch Hitler ein für die allmächtigen Magnaten günstiges Ereignis, aus dem sie auch in Frankreich nach Kräften Kapital zu schlagen suchen werden. Allerdings sind wir keineswegs davon überzeugt, daß Hitler Gelegenheit haben wird, selber den Sieger (oder gar den langerwarteten „Retter“) zu spielen, selbst wenn er bei den Wahlen noch gewinnt.

Trotz der Machenschaften der herrschenden Klasse ist unzweifelhaft die europäische Einigkeit auf dem Vormarsch, zwar nicht die Einigkeit der Regierungen, wohl aber die des

Proletariats. Was mich angeht, so habe ich niemals so sehr wie heute den Eindruck gehabt, daß wir alle Brüder sind und daß wir als wirkliche Feinde nur die Gegner im Lande selbst haben: prunkende Großgrundbesitzer, mächtige Bankiers, degenerierte Aristokraten, Steuerschieber aller Art.

Wenn erst der Bruderkrieg innerhalb des Proletariats aufgehört hat und die internationale Einheitsfront hergestellt ist — und sei es auch nur die Einigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bei strenger parteipolitischer Neutralität der Gewerkschaften, so könnte von Seiten der Arbeiter eine Politik von großer Bedeutung durchgeführt werden.

Streikbeschluß der Freien Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien.

Der Betriebsrätekongreß sämtlicher Gewerkschaften Polnisch-Oberschlesiens nahm am Sonntag eine Entschliebung an, in der die Regierung aufgefordert wird, durch Erteilung von Aufträgen sowie durch ein großzügiges Siedlungsprogramm und Zahlung höherer Erwerbslosenunterstützung die allgemeine Notlage zu lindern. In der Entschliebung wird weiter darauf hingewiesen, daß die Regierung von der Verordnung des Staatspräsidenten über die Kontrolle der Konzerne und der Kürzung der hohen Direktorengehälter keinen Gebrauch gemacht habe. Die Arbeiterschaft verlange, daß die Bezüge der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder gesetzlich geregelt und den heutigen Einkommensverhältnissen angepaßt werden. Ferner wird von der Regierung verlangt, die Versorgung der etwa 4000 Knappschaftsrentner zu übernehmen, die ab 1. März dem Hungertod ausgeliefert seien, weil die oberschlesische Knappschaft erklärt hat, ihren Verpflichtungen gegenüber diesen Rentnern, die noch Ansprüche aus den früheren deutschen Knappschaftsverhältnissen besitzen, nicht mehr nachkommen zu können. In der Entschliebung wird zum Ausdruck gebracht, daß diesen Forderungen unter Umständen durch einen Streik Nachdruck verliehen werden soll. Gleichzeitig fand ein Betriebsrätekongreß der sozialistischen Gewerkschaft statt, in dem beschlossen wurde,

am 1. und 2. März einen allgemeinen Proteststreik sowohl im oberschlesischen als auch im Dampbräuer Industriegebiet durchzuführen.

Die Katastrophe von Neunkirchen.

Die Aufräumarbeiten an der Neunkirchener Unglücksstelle sind noch längst nicht erledigt, wenn auch mit allen Kräften daran gearbeitet wird. Dauernd werden weitere Tote geborgen; ihre Zahl beträgt nach den bisherigen Feststellungen mindestens 80, vermutlich sind es über 100. In den Krankenhäusern liegen 350 Schwerverletzte, von denen viele nicht mit dem Leben davorkommen werden.

Die Befürchtung, die am Sonnabend noch bestand, daß durch die noch brennenden Teermassen zwei unterirdische Benzolbehälter zur Explosion kommen würden, konnte durch Auspumpen der Behälter erledigt werden.

Von allen Seiten laufen Beileidetelegramme und Spenden ein. Der Papst hat die „namhafte Summe“ (so sagt TU) — in Wirklichkeit ist sie lächerlich gering — von 5000 Mark geschickt. KP und hinterher auch SP haben im Aeltestenausschuß des Reichstags eine Reichshilfe von 10 Millionen Mark beantragt. Warum nicht zusammen?

In einer kritischen Situation wie der heutigen kommt eine besondere Bedeutung der Presse zu: durch ihre Machenschaften kann sie die internationale Verständigung der Arbeiterschaft hemmen und die Reaktion unterstützen. Denjenigen, die heimlich hoffen, durch den Faschismus in Deutschland dem Chauvinismus in Frankreich wieder zum Durchbruch zu verhelfen, der zu neuen internationalen Konflikten führt, antworten wir, daß die Arbeiterschaft gewarnt ist und fest entschlossen, mit aller Kraft dagegen zu kämpfen, daß die öffentliche Meinung Frankreichs in jenen verderblichen Pessimismus gerät: wenn Hitler an der Macht ist, ist ein neuer Krieg unvermeidlich. Es liegt an uns, ihn zu vermeiden. Wir haben den Krieg ausgehalten und werden auch imstande sein, den Frieden zu schützen. Solange wir Vertrauen zu unserer eigenen Macht haben, ist alles gerettet.

„Gelbe“ als Unternehmerknechte.

Unter dieser Überschrift bringt die neueste Nummer des „Aufwärts“, der Wochenzeitung der Berliner Gewerkschaften, folgende Mitteilungen:

„Die ‚Energie A.-G.‘ in Leipzig hatte mit ihrem Werkverein einen ‚Tarifvertrag‘ abgeschlossen, in dem u. a. die Arbeitszeit auf 53 Stunden festgesetzt wurde. Das allein ist schon eine Provokation in dieser Notzeit gegenüber dem ungeheuren Arbeitslosenheer. Die Gewerbeinspektion schritt denn auch auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ein, und der Prokurist der Firma wurde vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Firma teilte dem Werkverein nunmehr mit, daß sie zu einer 48stündigen Arbeitszeit verurteilt worden sei.“

Nun brachten es die Werkvereiner — unter wessen Initiative sei dahingestellt — fertig, vor dem Arbeitsgericht auf Anerkennung des ‚Tarifvertrages‘ zu klagen. (Also 53 Stunden arbeiten zu dürfen!) Die Klage wurde abgewiesen, weil ein Werkverein, entsprechend der bisherigen Spruchpraxis, auch beim Reichsarbeitsgericht nicht die Tariffähigkeit besitzt. Das Reichsarbeitsgericht aber hob das vorinstanzliche Urteil nach Einlegung der Sprungrevision auf und wies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Arbeitsgericht zurück.

Wir wollen nicht einmal dieses Verfahren besonders kennzeichnen, denn es bezeugt lediglich die reaktionäre Wandlung in der Haltung des RAG, weil nunmehr quasi die Tariffähigkeit eines Werkvereins wieder einmal anerkannt und mit dem Urteil eine bewußt scharfe Stellungnahme gegen die freien Gewerkschaften herausgearbeitet wurde. Gravierender ist noch das Verhalten der Gelben in dem Werkverein selbst, die nicht einmal die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit für die Arbeiterschaft zu sichern trachteten, sondern vielmehr das Bestreben der Firma nachdrücklich zugunsten der Arbeiterschaft und der Arbeitslosen förderten.“

Wem dienen solche Knechtsseelen?

In Leningrad soll eine Wohnstadt für ausländische „Spez“, im ganzen für etwa 3000 Menschen gebaut werden.

Verantwortl. Schriftföhrer: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 8909. Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethstr. 29/29.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 87/88
Telefon: D 6 Wedding 2338
Bel Vorsetz. d. Inzerates 6 1/2 Rabatt!

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Euro
Zeitung!
Werkt Abonnement!
Schnell! Klebzigel!
Bewerbt bei Einzelheften
einen Anzeigen!

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Getrocknete
Bananen
sind nahrhaft u. billig,
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postplättchen 4 Pfund
brutto nur 8 Mark,
frei Haus, n. a. Orten.
Voranzahlung
auf Postcheck-Konto
Magdeburg 17924
arbeiten.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Sprechapparate Koffer / Schatullen / Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfothenauer, Weimar
Gläserstr. 14

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

Selben
Wirtschaftsartikel!
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneider!
Magdeburg, jetzt Johannsbergstr. 10 III

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung
med. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Für den
Befreiungskampf des Proletariats

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung
med. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neu-
orientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen
notwendig.

POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER
Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog
kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.
Seit 13.-16. Februar:
Der herrliche Südsceffilm „**TABU**“
F. W. Murnaus schönster und letzter Tonfilm.
Paul Eppers Tierfilm
„**Tiere sehen Dich an**“
Ein Meisterwerk der Photographie.
Jugendliche haben Zutritt.
Anfangszeiten: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

**„Ohne revolutionäre Theorie keine
revolutionäre Praxis!“**
Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie
niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische
Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zu-
sendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 31342.